



Russlandanalysen

Inhalt

Analyse

Putins Sicherheitspolitik und Russlands Intellektuelle. Andreas Langenohl, Gießen 2

Tabellen und Graphiken zum Text

*Russlands Platz in der Welt aus Sicht der russischen Bevölkerung.
Umfragen des „Fond Öffentliche Meinung“ (FOM)* 4

Dokumentation

*„Demokratische Musterknaben“ und „schwarze Schafe“.
Der Bertelsmann-Transformations-Index. Hans-Henning Schröder, Bremen* 9

Chronik

Vom 9. bis zum 17. Juni 2004 13

Putins Sicherheitspolitik und Russlands Intellektuelle

Andreas Langenohl, Justus-Liebig-Universität Gießen

Zusammenfassung

Russische Intellektuelle waren direkt und indirekt an der Entwicklung von Kernelementen der Putinschen Sicherheitspolitik beteiligt. Dieser Einfluß findet sich einmal in der Herstellung eines bestimmten gesellschaftlichen Meinungsklimas, dem „patriotischen Konsens“, zu dessen Verwirklichung Intellektuelle maßgeblich beigetragen haben. Kerngedanken dieses „Konsenses“ lassen sich in sicherheitspolitischen Dokumenten auffinden, die im Jahre 2000 unter Putin verabschiedet worden sind. Außerdem nehmen Intellektuelle beratend direkten Einfluß auf den Entwurf sicherheitspolitischer Leitlinien.

Analyse

Putins Sicherheitspolitik und Russlands Intellektuelle

Andreas Langenohl, Justus-Liebig-Universität Gießen

Ein Versagen der Intellektuellen?

Das Russland der Präsidentschaft Wladimir Putins gilt als „defekte Demokratie“. Zwar sind demokratische Institutionen vorhanden, doch politisches Handlungsvermögen und Einflussressourcen sind in der Hand einiger weniger Akteure konzentriert. Die Gesellschaft selbst ist kein Akteur. Als symptomatisch hierfür gilt das Versagen der russischen Intellektuellen, die den Tendenzen der Staatsautoritarisierung unter Putin und seiner Bereitschaft, Konflikte gewaltsam zu lösen – wie etwa im zweiten Tschetschenienkrieg –, praktisch keinerlei Widerstand entgegenzusetzen. Indes war die Erwartung, von Intellektuellen werde Widerstand ausgehen, von Beginn an naiv: denn russische Intellektuelle waren direkt und indirekt an der Entwicklung von Kernelementen der Putinschen Sicherheitspolitik beteiligt.

Die Ausgangslage 1999: „Patriotischer Konsens“ und Eurasismus

Als Putin im September 1999 Ministerpräsident wurde, entwickelte er zunächst sicherheits- und außenpolitischen Vorstellungen, in denen sich eine bewußte Distanz gegenüber dem Westen mit einer nahezu alarmistischen Sorge um die territoriale Integrität Russlands verband. Er tat dies in einer Situation, in der das Meinungsklima auf solche Ansichten in vielerlei Hinsicht vorbereitet war. Seit 1998 war die Medienlandschaft durch einen „patriotischen Konsens“ geprägt, der Kritik an der Regierung, am Präsidenten und sonstigen Machtinstanzen nur sehr bedingt zuließ. Dieses Klima war durch eine Reihe unterschiedlicher Faktoren erzeugt worden. Außenpolitisch hatten die NATO-Luftangriffe auf Serbien im Frühjahr 1999 zu einer Ernüchterung und zu einer tiefen Enttäuschung über das Verhalten der NATO und der USA geführt. Die Bombenattentate auf Wohnhäuser in Moskau und anderen Städten, die das Land im Frühherbst 1999 erschütterten, schufen innenpolitisch ein allgemeines Klima des Sich-Bedroht-Fühlens.

Doch es waren intellektuelle Konzeptionen und Diskussionen, die die öffentliche und politische Wahrnehmung dieser Ereignisse mitgestalteten. Denn der „patriotische Konsens“ war, inhaltlich betrachtet, in erster Linie ein „eurasischer Konsens“. Er nutzte begriffliche Kategorien aus der Eurasismus-Diskussion der 1990er Jahre. Die eurasische Konzeption, die von russischen Emigranten im Westeuropa der 1920er bis 1930er Jahre entwickelt wurde, nimmt die Existenz eines geogra-

phisch bestimmbar Gebildes namens „Eurasien“ an, das halb auf dem europäischen und halb auf dem asiatischen Kontinent angesiedelt ist. Eurasien hat danach eine einzigartige west-östliche Mischkultur hervorgebracht, den institutionellen Garanten findet es im russländischen Staat. Das Konzept hat außen- und sicherheitspolitische Konsequenzen: Erstens erscheint eine Annäherung an den Westen aus dieser Perspektive als weder erfolversprechend noch wünschenswert, weil die kulturellen Differenzen zu gravierend sind; zweitens erhält die Integrität des eurasischen Territoriums oberste Priorität, was eine starke Staatsmacht zu ihrem Schutz unabdingbar macht.

Formulierung von Sicherheitspolitik: Die Mitwirkung der Intellektuellen

In drei unter Putin verabschiedeten, sicherheitspolitisch relevanten Dokumenten werden Kerngedanken des eurasischen Paradigmas aufgenommen. Die „Nationale Sicherheitskonzeption der Russländischen Föderation“, die erstmals im Dezember 1997 unter Jelzin verabschiedet wurde, um dann im Januar 2000 durch den nunmehr Putinschen Sicherheitsrat zugespitzt zu werden, beschreibt Russland als ein großes Land „mit einer Jahrhunderte langen Geschichte und reichen kulturellen Traditionen“ und mit einer „einmaligen Lage auf dem eurasischen Kontinent“. Seine Position in der Welt wird als ein „Pol“ in einer „multipolaren“ internationalen Ordnung bezeichnet, eine Vorstellung, die stark an Samuel Huntingtons „*clash of civilizations*“-These erinnert, die bei Russlands Intellektuellen auf großes Interesse und verbreitete Zustimmung gestoßen ist. In der im April 2000 verabschiedeten „Militärdoktrin der Russländischen Föderation“, die die Abfassung der „Konzeption“ begleitete, wird mit einem Begriff der „Bedrohung“ gearbeitet, der nicht nur auf einen bewaffneten Angriff, sondern auf jede Gefährdung der nationalstaatlichen Interessen abstellt. Auch die „Konzeption der Außenpolitik der Russländischen Föderation“ vom Juni 2000 geht von einer Bedrohung des russländischen Staates und seines eurasischen geopolitischen Gewichts durch die Herausbildung einer unipolaren, durch die USA dominierten Welt aus.

Diese doktrinären Dokumente wurden in der intellektuellen Öffentlichkeit verhandelt, beispielsweise in der Militärzeitschrift „*Krasnaja Swesda*“. Dies gibt Intellektuellen die Möglichkeit, jenseits der Erzeugung eines bestimmten Meinungsklimas wie etwa des „patriotischen

Konsenses“ direkten beratenden Einfluss auf die Formulierung sicherheitspolitisch relevanter Dokumente nehmen. Im Falle der neuen „Militärdoktrin“ war das beispielsweise u. a. der Leiter des Instituts für USA- und Kanadastudien an der Akademie der Wissenschaften, Sergej Rogov, dessen Kritik zu Modifikationen des Erstentwurfs der Doktrin führte. Aber ihr Einfluss reicht bisweilen sogar tiefer in die Sicherheitsstrukturen hinein: So gehört dem einflussreichen Sicherheitsrat beim Präsidenten der RF neben dem Premier und den Ministern der „Machtministerien“ (d.h. mit eigenen polizeilichen oder militärischen Kräften ausgestatteten Ministerien) auch der Präsident der Akademie der Wissenschaften an.

Der kulturellrelativistische Schwenk der Intellektuellen

Nur wenige Journalisten wie Anna Politkowskaja und Pawel Felgengauer setzten sich tatsächlich offen und kritisch mit Regierungspositionen und solchen des Präsidenten auseinander. In der Mehrheit nehmen Intellektuelle gern jene Sprachregelungen des politischen Zentrums wieder auf, zu denen sie diesem selbst verholten haben. Die intellektuelle Öffentlichkeit und das sicherpolitische Establishment korrespondieren über den „patriotischen“ bzw. „eurasischen Konsens“, dessen Kern eben die Befürwortung einer starken Staatlichkeit in Russland sowohl im Innenverhältnis als auch auf der Ebene internationaler Politik ist. Zur Begründung bedienen sich viele Intellektuelle mittlerweile derselben Argumentationsmuster: nur staatliche Strukturen seien in der Lage, Ordnung und Sicherheit im eurasischen Raum zu gewährleisten (da internationale Abkommen sich als wenig verlässlich erwiesen hätten). Die geografisch-kulturelle Besonderheit dieses Raums bringe es mit sich, dass westliche Vorstellungen von Staatlichkeit, gesellschaftlicher und moralischer Ordnung nur bedingt übertragbar seien.

Dieser Schwenk zu einer kulturellrelativistischen Sichtweise auf Gesellschaft hat u.a. zur Folge, dass Intellektuelle als *moralische Instanz* von der Bühne abtreten. Dies zeigt sich auch anhand eines Vergleichs der Haltung von Medien und Intellektuellen in den beiden Tschetschenienkriegen. In den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen russländischen Regierungstruppen und tschetschenischen Rebellen 1994-1996 und ab 1999 litt vor allem die Zivilbevölkerung. Nach wie vor steht der Vorwurf im Raum, daß Angehörige der föderalen Streitkräfte foltern. Während im ersten Krieg die liberal orientierten, prodemokratischen Medien die Regierungspolitik verurteilten und ihre Haltung mit dem Verweis auf allgemeinmenschlich-moralische Prinzipien motivierten, gibt es dieses Kritikmuster im zweiten Krieg praktisch nicht mehr. Dies hängt auch mit Versuchen der präsidentialen Exekutive zusammen, die Massenmedien auf Li-

nie zu bringen, wie ein „Instruktionsbrief“ an die Medienvertreter belegt, der zwar schon aus dem Jahre 1996 stammt, aber erst im zweiten Krieg Beachtung fand. Der Grund für das Einlenken der meisten Journalisten ist in einem gewachsenen Druck auf sie zu sehen: Die Medienunternehmen sind mittlerweile von Großkonzernen dominiert, die, da sie staatliche Protektion erfahren, an einer Kritik der Exekutive nicht interessiert sind.

Präsident und Intellektuelle: Hand in Hand

Bemerkenswert ist, dass selbst dort, wo Kritik am sicherheitspolitischen Vorgehen zu erwarten gewesen wäre, diese sich erst spät bzw. überhaupt nicht regte und stattdessen die Sprachregelungen der Regierung und des Präsidenten übernommen wurden. Dies gilt etwa für die wichtigste russländische Menschenrechtsorganisation *Memorial*, die den zweiten Tschetschenienkrieg erst relativ spät als solchen bezeichnete und stattdessen zunächst die Aktion ganz auf Regierungslinie als Kampf gegen den Terrorismus bezeichnete. Symptomatisch ist auch der Fall des als liberal geltenden Reformers Anatolij Tschubajs, der dem Jabloko-Chef Grigorij Jawlinski „Verrat“ vorwarf, weil dieser sich für Verhandlungen mit der tschetschenischen Seite eingesetzt hatte.

Noch weiter geht die Buchpublikation des bekannten Wissenschaftlers Walerij Tischkow (*„Die Gesellschaft im bewaffneten Konflikt: Ethnografie des Tschetschenienkrieges“*, Moskau 2001, russisch). Tischkow ist Leiter des Akademie-Instituts für Ethnologie und Anthropologie und war 1992 unter Präsident Jelzin Minister für Nationalitätenfragen der RF. Das Buch rechnet mit der Berichterstattung westlicher Journalisten über den ersten Krieg ab. Tischkow argumentiert zunächst durchaus überzeugend, dass die Massenmedien zur Verbreitung eines klischeebeladenen Bildes „der“ Tschetschenen beigetragen hätten, das dann von den Kämpfenden auch bedient worden sei. Anschließend aber klagt er westliche Kritiker Moskaus eines (so wörtlich) „moralischen Terrorismus“ an, der eine differenzierte Sichtweise auf den Konflikt verhindere. Wenn westliche Medien ihrerseits kritisieren, daß die Anschläge auf russische Wohnhäuser im September 1999 pauschal tschetschenischen Terroristen zugeschrieben wurden, verweist Tischkow darauf, dass dies nur die unmittelbare Anfangsphase der Berichterstattung betreffe und daß Putin selbst davor gewarnt habe, den Terrorismusvorwurf auf das ganze tschetschenische Volk auszuweiten. Diesen präsidentialen Vorbehalten zum Trotz übernimmt Tischkov letztendlich jedoch eben den entgrenzten Begriffs des „Terrorismus“, dessen sich Putin bedient, um die Kriegführung in Tschetschenien und allgemein seine Sicherheitspolitik zu rechtfertigen.

Resümee: Sicherheitspolitik und intellektuelle Gesellschaftskritik

Als Jegor Gajdar kürzlich von Condoleezza Rice nach seiner Ansicht darüber gefragt wurde, was man tun könne, um die liberal-kritischen Demokraten in Russland zu unterstützen, antwortete er: Nichts. Zumindest im Moment stehe man auf verlorenem Posten. Diese negative Einschätzung findet ihre Begründung einmal in der Strukturveränderung des politischen Systems, die zu einer verstärkten Machtkonzentration bei Präsident und Exekutive geführt hat. Doch sie folgt auch daraus, daß gerade die, die die Möglichkeit zu Kritik hätten und die Motive, Kritik zu äußern, haben müssten, eben auf Kritik verzichten. Wenn das selbsternannte „moralische Gewissen“ Russlands, Alexander Solschenizyn, die russischen

Luftschläge auf Tschetschenien mit dem Argument rechtfertigt, dass „der Terror“ im Nordkaukasus gestoppt werden müsse, drängt sich der Eindruck auf, dass die russischen Intellektuellen sich zu Komplizen des Zentrums machen, wenn es Begriffe bewußt verwischt und verzerrt. Die Idee eines starken Staates, der sich der „terroristischen“ Bedrohung zu stellen habe und nicht verraten werden dürfe, hat sich in der Legitimierung des Krieges in Tschetschenien als Grundmuster durchgesetzt. Sie wurde durch Intellektuelle an die politische Macht herangetragen und für sie operationalisiert, besonders durch die Diskussionen über die eurasische Idee.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor:

Dr. Andreas Langenohl ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Justus-Liebig-Universität Gießen im Bereich Politische Soziologie und Kultursoziologie.

Lesetipps:

Sabine Fischer: Russlands Westpolitik in der Krise 1992–2000. Eine konstruktivistische Untersuchung, Frankfurt am Main u.a. 2003 (= Studien der HSFK. Band 43).

Hannes Adomeit: Konzeptionelle Leitlinien in der Außenpolitik Rußlands, in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens 2001, H. 4/5, S. 353–365.

Alla Kassianova, Ist Rußland noch westorientiert? Die Entwicklung der Staatsidentität in den Diskursen über Außen- und Sicherheitspolitik, in: Osteuropa 2001, H. 10, S. 1200–1218.

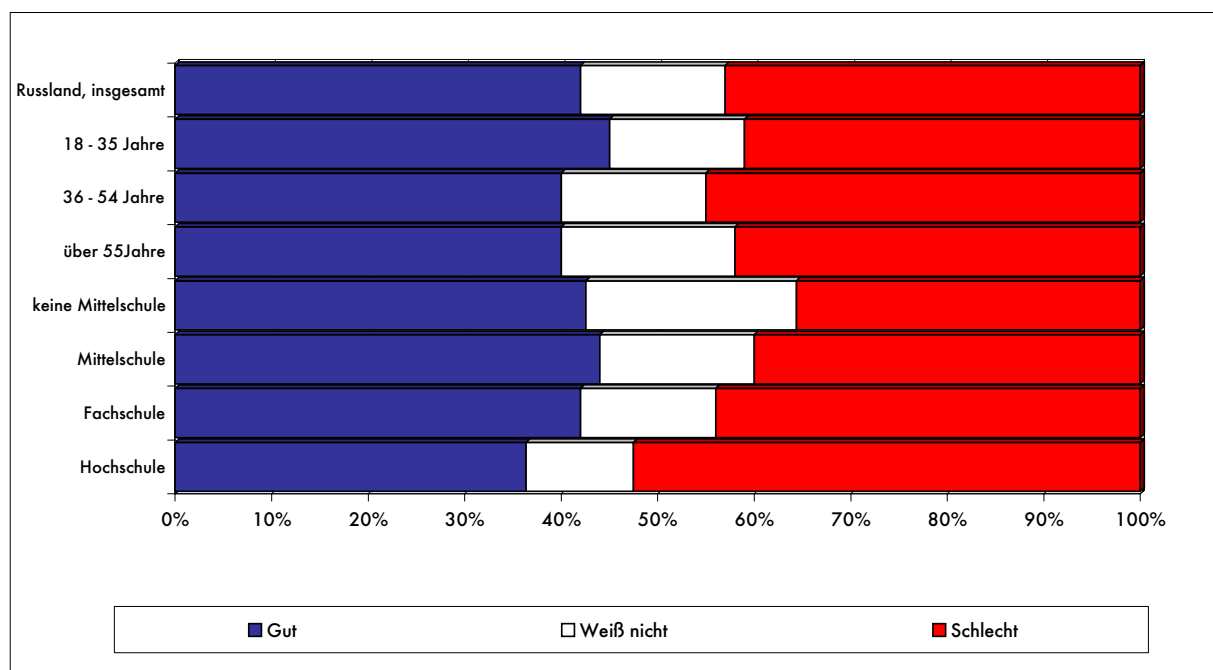
Das Manifest der eurasischen Bewegung <<http://eurasia.com.ru/deutsche.html>>

Tabellen und Graphiken zum Text

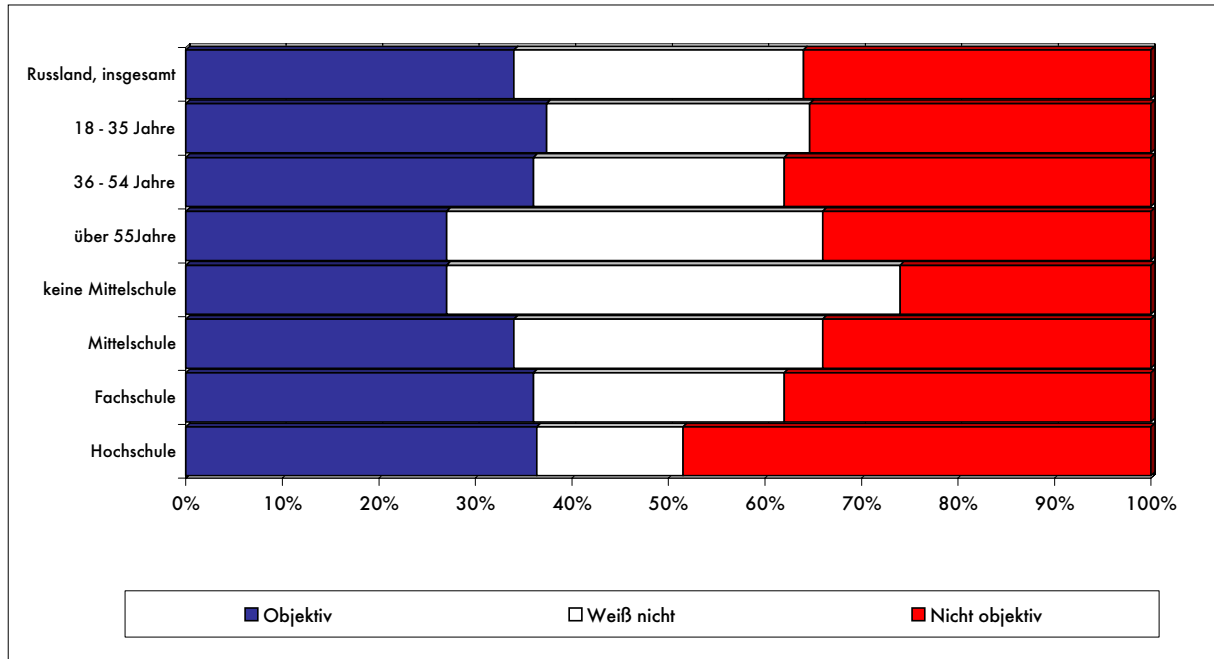
Russlands Platz in der Welt aus Sicht der russischen Bevölkerung

Die Einstellung der Welt zu Russland in der Wahrnehmung der russischen Bevölkerung im Jahre 2004

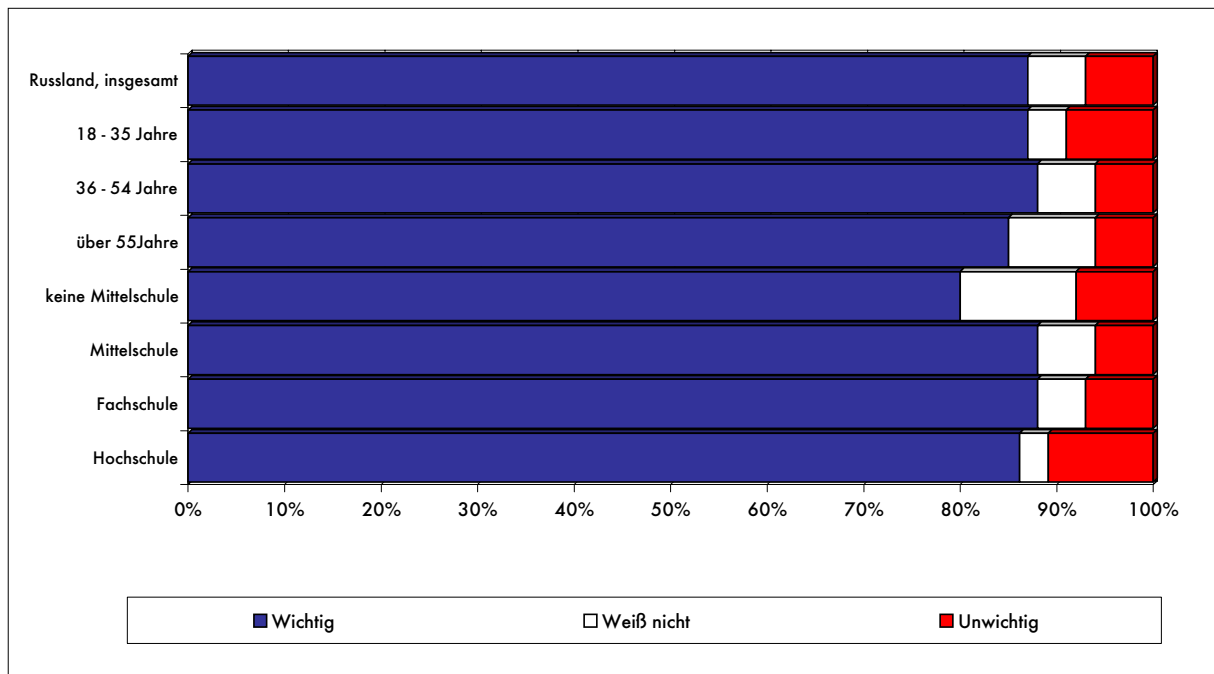
Wie verhält sich die Welt im allgemeinen heute zu Russland - gut oder schlecht?



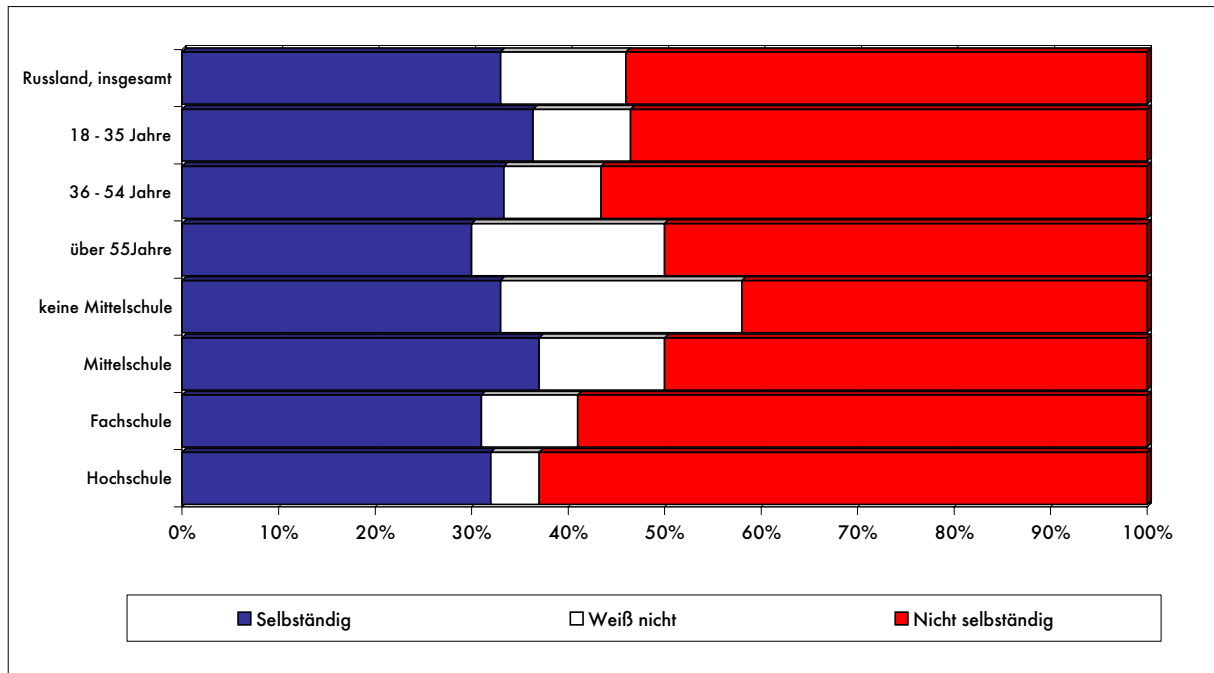
Was meinen Sie, ist die Einstellung der Welt zu Russland objektiv oder nicht objektiv?



Was meinen Sie, ist es für unser Land wichtig oder unwichtig, wie es im Ausland wahrgenommen wird, wie man sich zu Russland verhält?



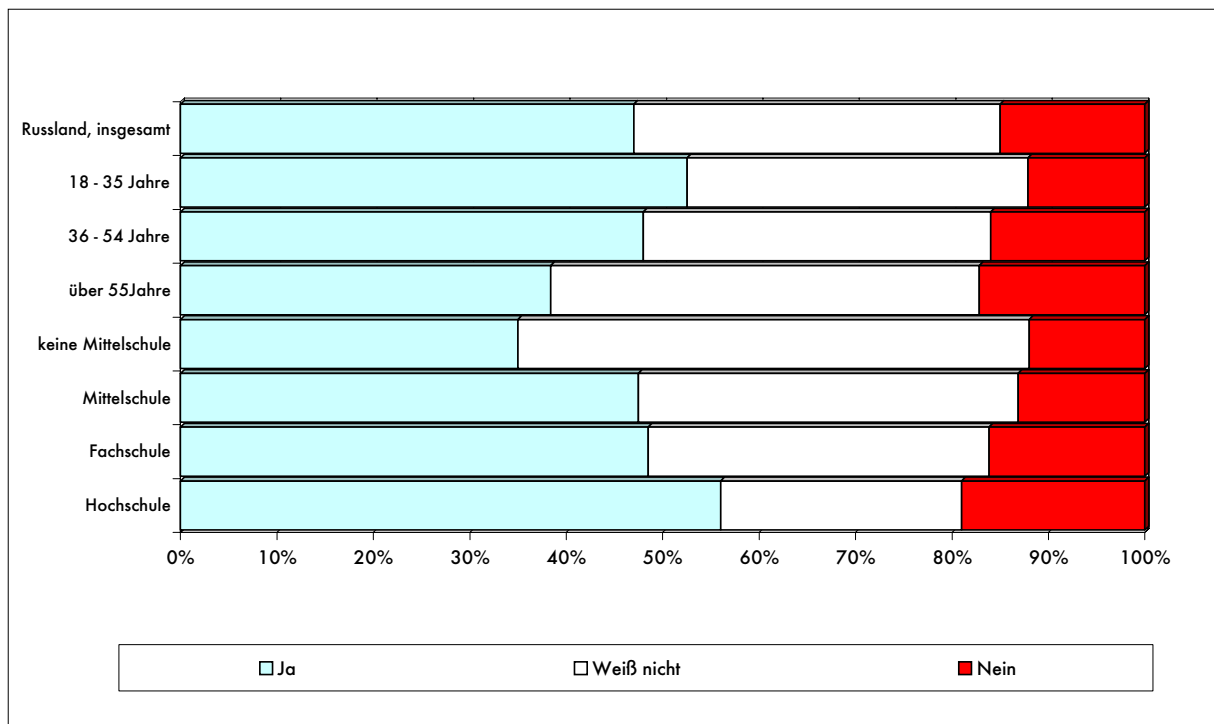
Manche meinen, dass Russland in seinen Handlungen selbständig ist und nicht von den führenden westlichen Ländern abhängt. Andere meinen, daß Russland in seinen Handlungen nicht selbständig ist. Welcher dieser beiden Meinung schließen Sie sich an?



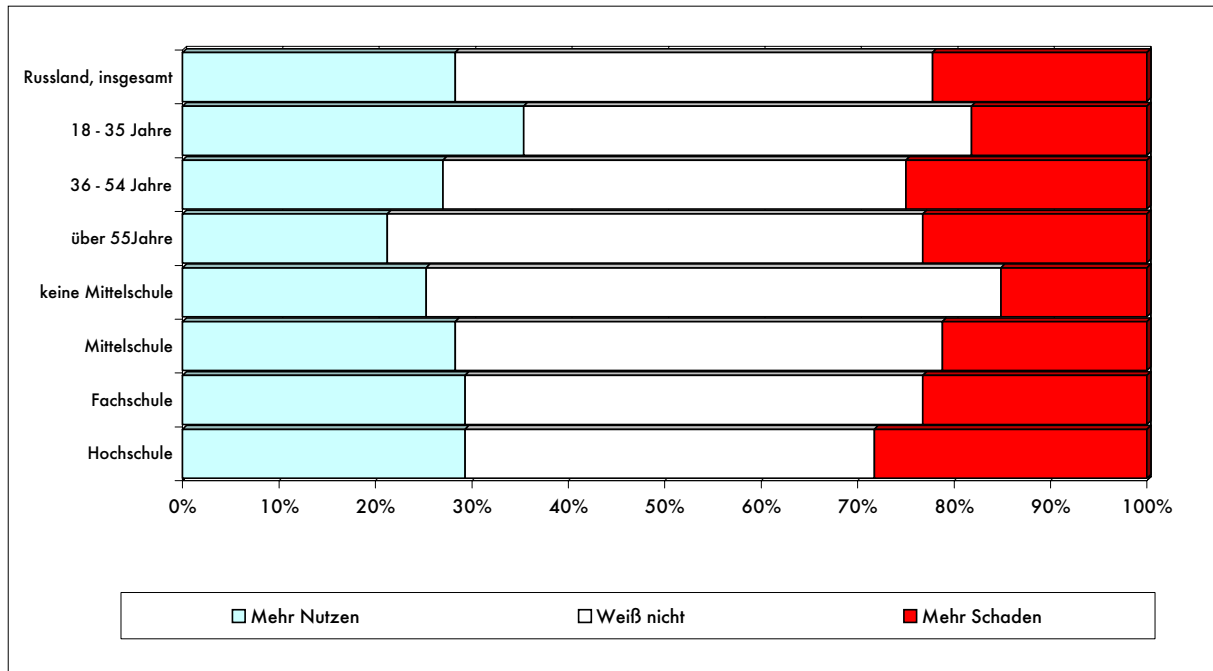
Quelle der Grafiken zum Thema „Die Einstellung der Welt zu Russland in der Wahrnehmung der russischen Bevölkerung im Jahre 2004“:
<http://bd.fom.ru/zip/tb0422.zip>

Russland und die Welthandelsorganisation (WTO) im Jahre 2004

Was meinen Sie persönlich: Soll Russland der WTO beitreten oder nicht?



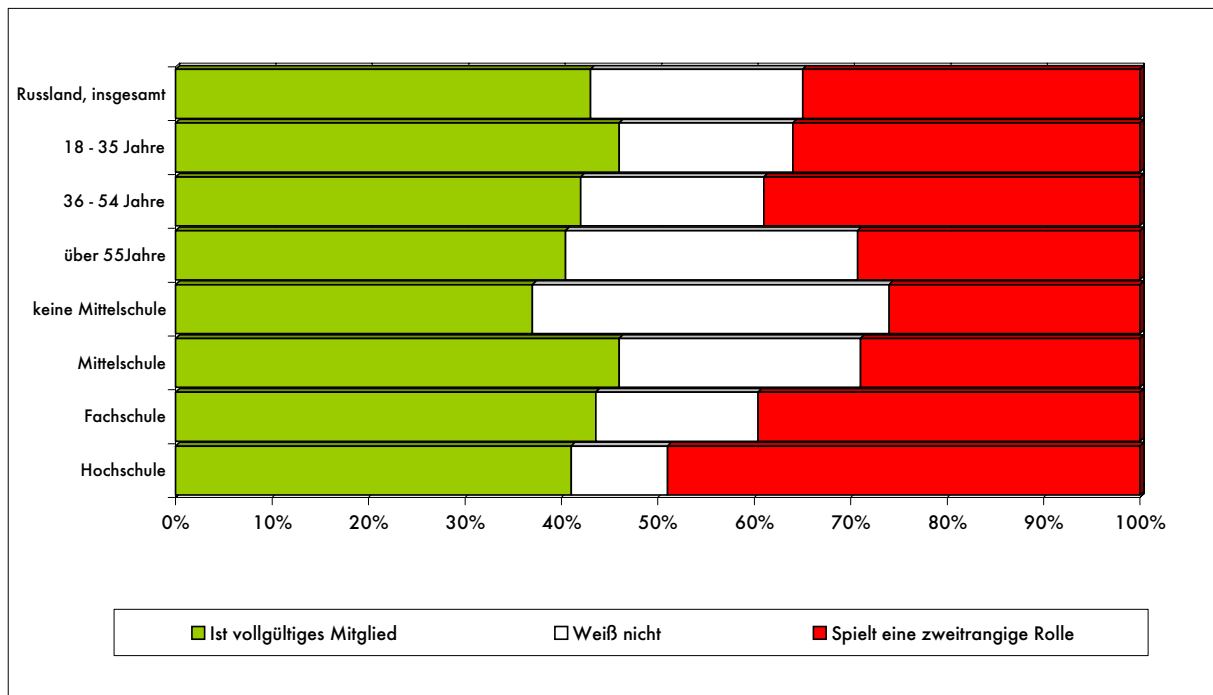
Und bringt Russlands Eintritt in die WTO für die einfachen Bürger mehr Schaden oder mehr Nutzen?



Quelle zum Thema „Russland und die WTO im Jahre 2004“: <http://bd.fom.ru/zip/tb0422.zip>

Russland und die G8 im Jahre 2004

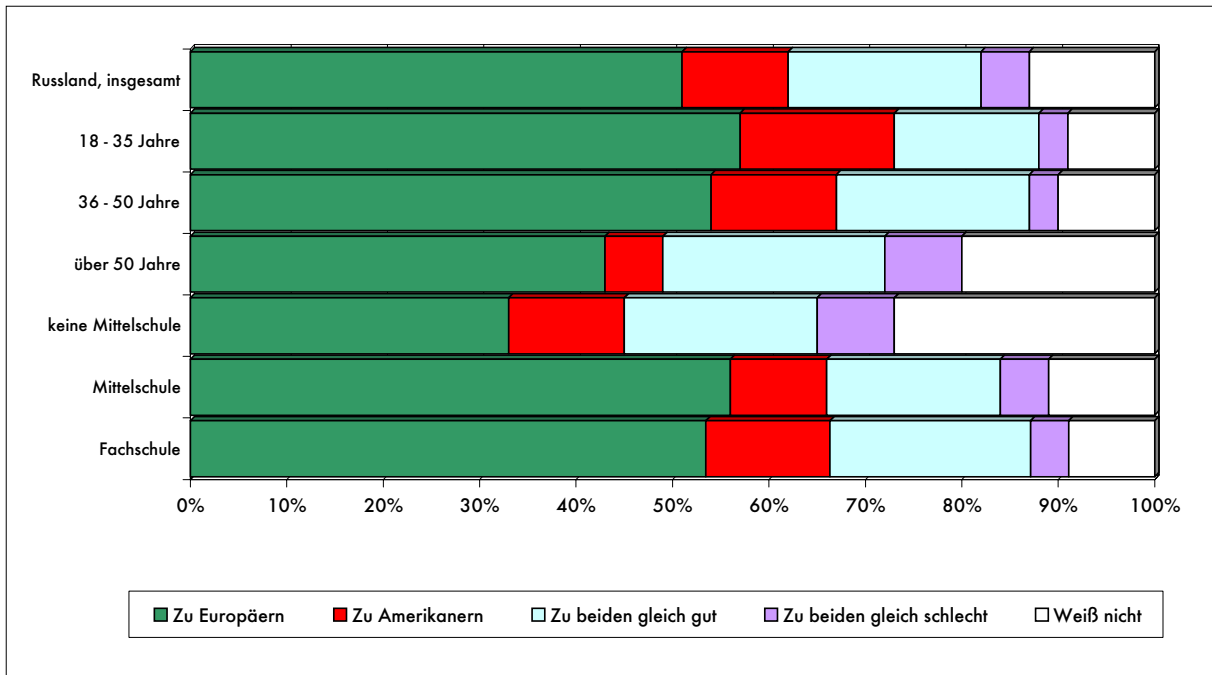
Glauben Sie, dass Russland vollgültiges Mitglied der G-8 ist, oder spielt es eine zweitrangige Rolle?



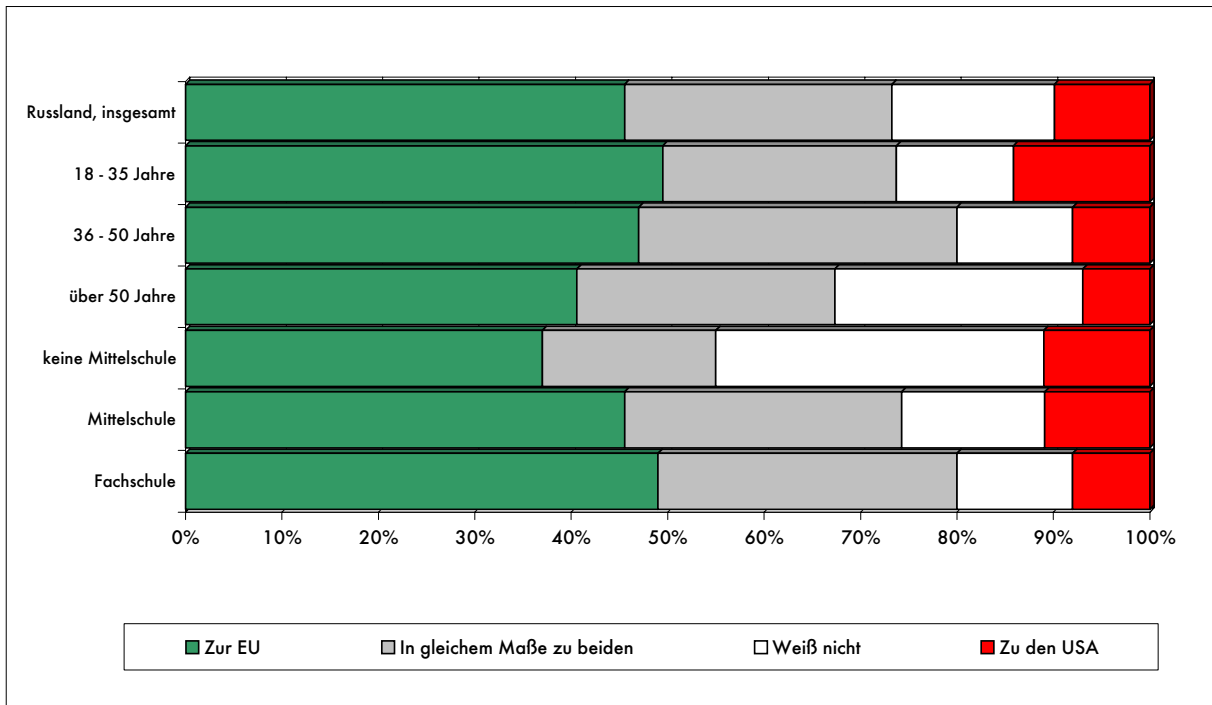
Quelle zum Thema „Russland und die G8 im Jahre 2004“: <http://bd.fom.ru/zip/tb0422.zip>

EU und USA 2001

Allgemein gesprochen, zu wem haben Sie ein besseres Verhältnis zu Europäern oder zu Amerikanern?



Was ist Ihrer Meinung nach wichtiger für Russland - die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen zur EU oder zu den USA?



Quelle zum Thema „EU und USA 2001“: http://bd.fom.ru/report/cat/frontier/blocks/russ_europe/tb011009

Dokumentation

„Demokratische Musterknaben“ und „schwarze Schafe“

Die Ergebnisse des Bertelsmann Transformations-Indexes für Osteuropa

Hans-Henning Schröder, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Seit 1989 haben sich in Ost- und Ostmitteleuropa tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Doch die Umgestaltung des politischen Systems und der Wirtschaftsordnung war in den verschiedenen Ländern von unterschiedlicher Intensität und von unterschiedlichem Erfolg. Ein Versuch, die Transformationsleistung dieser Staaten untereinander zu vergleichen und diese in Beziehung zu der Entwicklung in den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens zu setzen, ist in doppelter Hinsicht von Wert. Indem Unterschiede in Transformationsstand und politischer Managementleistung sichtbar gemacht werden, wird es möglich, die Länder zu identifizieren, die die gegebenen Möglichkeiten am erfolgreichsten genutzt haben. Der Vergleich nützt bei der Bestimmung der Faktoren, die den Transformationsverlauf beeinflussen – kulturelle, wirtschaftliche und geographische Rahmenbedingungen, die Kompetenz der Akteure und die Wirksamkeit der gewählten Politik.

Eine Arbeitsgruppe der Bertelsmann-Stiftung hat unter Federführung von Werner Weidenfeld ein Meßinstrument – den Bertelsmann-Transformation-Index (BTI) – konstruiert, mit dem nicht nur der Entwicklungsstand von Demokratie und Marktwirtschaft gemessen werden soll, sondern auch die Managementleistung in den verschiedenen Ländern. Insofern geht der BTI, der im Mai dieses Jahres vorgestellt worden ist, über das hinaus, was andere Indizes wie Freedom House und Polity IV anbieten. Der BTI will die aktive Gestaltungsleistung der politischen Eliten der verschiedenen Länder fassen und so auch der Politik eine Hilfestellung geben.

Betrachtet man die Resultate für die Länder Ost-, Südost- und Ostmitteleuropas, so fällt die enorme Differenz zwischen Ostmitteleuropa und den Staaten der GUS ins Auge (vgl. die Tabellen auf S. 10–12). Die Länder Ostmitteleuropas schneiden bei der Umgestaltung der politischen und Wirtschaftsordnung weltweit am besten ab, sie sind im internationalen Vergleich gewissermaßen „demokratische Musterknaben“. Dagegen rangieren die Nachfolgestaaten der UdSSR mit Ausnahme der baltischen Republiken im Mittelfeld und einige „schwarze Schafe“ wie Turkmenistan und Tadschikistan finden sich ganz am Ende der Skala wieder. Dieser frappante Unterschied gibt Anstoß, Fragen zu stellen. Die politischen Eliten, die sich in Polen, Estland oder in Ungarn durchsetzten, unterscheiden sich in Profil und Verhalten deutlich von denen in Belarus, Georgien oder Usbekistan. Wissenschaftler wird interessieren, wie Führungsschichten rekrutiert und sozialisiert werden, wie sich Entwicklungspfade auf Gestaltungsbereitschaft und Gestaltungskompetenz auswirken. Der Politik gibt der BTI mit seinen Aussagen über die Adaptionfähigkeit und die Problemlösefähigkeit von Transformationseliten Hinweise darauf, welche Staaten in der Perspektive bessere und welche schlechtere Entwicklungschancen haben.

Russland nimmt im BTI keinen Spitzenplatz ein, das Land rangiert unter den 116 untersuchten Ländern etwa am Ende des ersten Drittels. Das ist kein herausragendes Ergebnis, aber es ist ein respektabler Platz für ein Land, das in seiner langen Geschichte viele Jahre Autokratie und Unterdrückung, aber kaum Erfahrungen mit Parlamentarismus und Demokratie aufzuweisen hat.

Die Materialien des BTI sind im Internet abrufbar unter der Adresse: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/>

Bertelsmann Transformation Index 2003

Ergebnisse des Ranking für die mittel- und osteuropäischen Länder

<i>Entwicklungsstand der Demokratie, 2003</i>							
		1 Staatlichkeit	2 Politische Partizipation	3 Rechtsstaatlichkeit	4 Stabilität demokratischer Institutionen	5 Politische und gesellschaftliche Integration	DEMOKRATIEWERT Gesamt
Rang	Land	Politische Transformation					
1	Ungarn	5	5	5	5	5	5,0
1	Slowakei	5	5	5	5	5	5,0
1	Litauen	5	5	5	5	5	5,0
1	Slowenien	5	5	5	5	5	5,0
1	Tschechien	5	5	5	5	5	5,0
1	Polen	5	5	5	5	5	5,0
9	Estland	4	5	5	5	5	4,8
14	Lettland	4	5	4	5	4	4,4
16	Kroatien	5	4	4	4	4	4,2
18	Bulgarien	5	4	3	4	4	4,0
18	Rumänien	5	4	3	4	4	4,0
26	Serbien Montenegro	4	4	3	3	4	3,6
32	EJR Makedonien	4	3	3	3	4	3,4
39	Albanien	4	3	2	3	4	3,2
39	Ukraine	4	3	3	3	3	3,2
45	Russland	4	3	2	3	3	3,0
57	Armenien	4	2	2	3	2	2,6
57	Bosnien Herzegovina	3	3	2	2	3	2,6
66	Moldova	3	3	2	1	2	2,2
66	Georgien	2	3	2	2	2	2,2
70	Kasachstan	4	2	2	0	2	2,0
78	Kirgistan	3	2	2	0	2	1,8
78	Aserbaidshan	3	2	2	0	2	1,8
85	Belarus	4	1	1	0	2	1,6
85	Tadschikistan	2	2	2	0	2	1,6
98	Usbekistan	4	1	1	0	1	1,4
98	Turkmenistan	4	1	1	0	1	1,4

<i>Entwicklungsstand der Marktwirtschaft, 2003</i>									
		1 Sozio- ökono- misches Entwick- lungsni- veau	2 Markt- und Wett- bewerbs- ordnung	3 Wäh- rungs- und Preis- stabilität	4 Privatei- gentum	5 Welfare Regime	6 Leis- tungs- stärke der Volkswirt- schaft	7 Nach- haltigkeit	MARKT- WIRT- SCHAFT Gesamt
Rang	Land	Transformation zur Marktwirtschaft							
1	Ungarn	5	5	4	5	5	5	4	4,7
1	Estland	5	5	5	5	4	5	4	4,7
4	Slowakei	5	5	4	5	5	4	4	4,6
4	Litauen	4	5	5	5	4	5	4	4,6
4	Slowenien	5	5	4	5	5	4	4	4,6
4	Tschechien	5	5	4	5	5	4	4	4,6
10	Polen	4	5	5	5	4	4	4	4,4
12	Lettland	4	5	4	5	4	4	4	4,3
13	Kroatien	4	4	4	4	5	3	4	4,0
16	Bulgarien	4	4	5	4	3	3	3	3,7
26	Rumänien	4	4	4	3	3	3	2	3,3
29	Armenien	2	3	4	4	2	4	3	3,1
29	Kasachstan	2	3	3	4	3	4	3	3,1
34	EJR Makedonien	3	3	4	3	3	3	2	3,0
34	Russland	3	3	4	3	3	3	2	3,0
36	Serbien Montenegro	3	3	4	3	3	2	2	2,9
36	Albanien	3	3	4	3	2	3	2	2,9
36	Bosnien Herzegovina	3	3	4	3	3	2	2	2,9
44	Ukraine	3	3	3	3	2	3	2	2,7
44	Kirgistan	2	4	3	3	2	3	2	2,7
58	Aserbaidshjan	2	3	3	3	2	3	2	2,6
74	Belarus	3	2	2	1	3	2	3	2,3
87	Usbekistan	2	2	2	2	2	2	2	2,0
91	Moldova	2	2	2	2	2	2	1	1,9
91	Georgien	2	2	3	2	1	2	1	1,9
91	Turkmenistan	2	1	2	2	2	3	1	1,9
101	Tadschikistan	1	2	3	2	1	1	1	1,6

<i>Managementleistung 1998–2003</i>									
		Zielsicherheit	Effektive Ressourcennutzung	Gestaltungsfähigkeit	Konsensbildung	Internationale Zusammenarbeit	Management Gesamt	Schwierigkeitsgrad	Management gewichtet
Rang	Land	Bewertungen Management							
1	Estland	10	9	9	9	10	9,4	3	7,9
2	Litauen	10	9	9	10	10	9,6	1	7,7
6	Slowakei	9	8	9	9	10	9,0	2	7,4
10	Slowenien	9	8	8	9	10	8,8	1	7,0
11	Tschechien	8	8	7	9	10	8,4	1	6,7
12	Ungarn	8	8	8	8	10	8,4	1	6,7
14	Kroatien	7	7	6	9	9	7,6	4	6,6
14	Polen	7	8	7	8	10	8,0	2	6,6
14	Serbien Montenegro	7	7	6	7	9	7,2	6	6,6
19	Mongolei	6	4	7	8	10	7,0	7	6,5
20	Bulgarien	7	7	6	8	9	7,4	4	6,4
21	Lettland	7	7	6	8	9	7,4	3	6,3
25	Rumänien	6	6	5	8	8	6,6	4	5,7
31	Russland	6	6	6	6	6	6,0	6	5,5
35	Albanien	5	4	4	7	9	5,8	6	5,3
39	Ukraine	6	4	5	6	7	5,6	6	5,1
39	Armenien	6	5	6	6	5	5,6	6	5,1
39	EJR Makedonien	5	4	4	7	8	5,6	6	5,1
63	Bosnien Herzegovina	4	3	3	5	6	4,2	8	4,0
75	Kirgistan	3	3	3	4	5	3,6	7	3,4
76	Tadschikistan	4	2	4	3	4	3,4	9	3,3
76	Kasachstan	4	3	3	3	5	3,6	6	3,3
76	Moldova	3	2	4	4	4	3,4	8	3,3
79	Aserbaidshen	3	3	3	3	5	3,4	7	3,2
95	Georgien	2	2	2	2	4	2,4	8	2,3
98	Belarus	3	3	2	2	2	2,4	6	2,2
110	Turkmenistan	1	1	1	1	1	1,0	8	1,0

Chronik

Vom 9. bis zum 17. Juni 2004

9.6.2004	Der Oberste Gerichtshof hebt das Urteil im Falle des Physikers Valentin Danilow auf, der vom Vorwurf der Spionage für China freigesprochen worden war.
9.6.2004	Die Deutsche Welle berichtet, dass von 100 russischen Stipendiaten, die im Rahmen des Programms „Journalisten International“ ihr Praktikum bei deutschen Medien absolvierten, mindestens 10 zu einem Gespräch beim russischen Geheimdienstes einbestellt wurden.
10.6.2004	Jewgenij Kokoity, Präsident der von Russland nicht anerkannten Republik Südossetien, wird nicht zu der gemeinsamen Sitzung der drei Dumakomitees für GUS, Sicherheitspolitik und Auswärtige Politik zugelassen, auf der der Appell des südossetischen Parlaments an die Duma erörtert wird.
10.6.2004	Bei einem russlandweiten Protesttag gegen die offizielle Sozialpolitik organisieren die Unabhängigen Gewerkschaften an 214 Orten Demonstrationen. Nach Angaben der Polizei nehmen daran insgesamt ca. 100.000 Personen teil. Nach Angaben der Gewerkschaften liegt dies Zahl erheblich höher. Danach sollen allein in Irkutsk 100.000 Personen demonstriert haben.
10.6.2004	Das letzte Flüchtlingslager in Inguschetien wird geschlossen. Ob die Bewohner nach Tschetschenien zurückgekehrt sind oder anderweitig untergekommen sind, ist unklar.
11.6.2004	Die Duma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz über die Durchführung von Volksabstimmungen, das am 18. Mai eingebracht worden war. Alle 172 Änderungsvorschläge werden zurückgewiesen.
11.6.2004	Das Schweizer Bundesgericht hebt die Sperrung der persönlichen Konten von Chodorkowskij und 19 anderen Jukos-Teilhabern auf. Die Sperrung der Schweizer Konten war auf Antrag der russischen Behörden erfolgt.
12.6.2004	Tatjana Pauchowa, die Stellvertretende Direktorin von VGTRK, der staatlichen Medienholding, und Chefredakteurin des Kulturkanals „Kultura“, wird bestohlen. Die Diebesbeute umfasst 100.000 US\$ in bar und Schmuckstücke im Wert von 600.000 US\$.
12.6.2004	Der georgische Präsident Michail Saakaschwili kritisiert Waffenlieferungen aus dem russischen Nordossetien nach Südossetien, die am 11.6. beobachtet worden waren, als „nicht ganz freundschaftlichen Schritt“.
12.6.2004	Bei den Fußball-Europameisterschaften in Portugal verliert die russische Mannschaft mit 1:0 gegen Spanien.
13.6.2004	Präsident Putin und sein georgischer Amtskollege Michail Saakaschwili erörtern telephonisch Fragen der russisch-georgischen Beziehungen.
13.–15.6.2004	Föderale Streitkräfte gehen bei Awbury im Rayon Schali gegen eine Gruppe tschetschenischer Guerillakämpfer vor. Bei den Gefechten werden fünf Angehörige der tschetschenischen Sicherheitskräfte und mehrere Guerillakämpfer getötet.
15.6.2004	Moskau ist auf der Liste der teuersten Städte der Welt in diesem Jahr vom zweiten auf den dritten Platz zurückgefallen und hat London den zweiten Platz überlassen, teilt Mercer Human Resources Consulting mit. Teuerste Stadt der Welt ist für Ausländer seit 2003 Tokio.
16.6.2004	In Moskau ist der erste Verhandlungstag im Prozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew. Das Moskauer Bezirksgericht lehnt die Aufhebung des Haftbefehls ab.
16.6.2004	Bei den Fußball-Europameisterschaften in Portugal verliert die russische Mannschaft mit 2:0 gegen Portugal und hat damit keine Chance mehr auf das Erreichen der nächsten Runde.
17.6.2004	Die Gruppe Menatep hat der Regierung vorgeschlagen, Garantien für die von der Steuerbehörde von Jukos geforderten Steuernachzahlungen zu gewähren. Der Modus einer eventuellen Übereinkunft sei Gegenstand von Verhandlungen zwischen allen interessierten Seiten, erklärte ein Menatep-Sprecher.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de